

SONDERFORSCHUNGSBEREICH 597  
**STAATLICHKEIT IM WANDEL**  
TRANSFORMATIONS OF THE STATE

NACHGERECHTER NEUANTRAG B6  
MIT FORSCHUNGSPROFIL MANOW

**FOLGEN DES SOZIALSTAATSUMBAUS  
FÜR DEN PARTEIENWETTBEWERB**

Teilprojektleiter  
*Philip Manow*



**Teilprojekt B6 – Neuantrag**

**Folgen des Sozialstaatsumbaus  
für den Parteienwettbewerb**



### **3 Allgemeine Angaben zum neuen Teilprojekt B6**

#### **3.1.1 Titel**

Folgen des Sozialstaatsumbaus für den Parteienwettbewerb

#### **3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung**

Politikwissenschaft

#### **3.1.3 Leiter**

Prof. Dr. Philip Manow  
geb. 22.07.1963  
Universität Bremen  
Zentrum für Sozialpolitik  
Unicom  
Mary-Somerville Str. 5  
28359 Bremen  
Tel.: 0421/ 218-58580  
E-Mail: manow@zes.uni-bremen.de

Philip Manow ist seit dem 1. Oktober 2010 unbefristet als Professor für vergleichende politische Ökonomie an der Universität Bremen eingestellt.

#### **3.1.4 Erklärung**

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

### **3.2 Zusammenfassung**

#### **Kurzfassung**

In dem Teilprojekt werden die Folgen des Sozialstaatswandels für westeuropäische Parteiensysteme untersucht. Der Umbau des Sozialstaats wirkt sich auf die Popularität der verantwortlichen Parteien aus und verändert mittelfristig die Sozialstruktur der Wählerschaft. Hierauf reagieren wiederum Parteien und Parteiensystem. Der Sozialstaatsumbau trägt somit selbst zur Neuformierung europäischer Parteiensysteme bei, die sich aufgrund des Wandels ihrer formativen Konfliktlinien ohnehin im Umbruch befinden. Wir untersuchen insbesondere den Einfluss der Sozialstaatstransformation auf den Rückgang und den Wandel von zwei traditionell zentralen Konfliktlinien: zwischen Arbeit und Kapital und zwischen Staat und Kirche.

#### **Langfassung**

Die Forschung zum Wandel der Parteiensysteme betont oft gleichförmige, langfristige Gesellschaftstrends als Ursache; sie vernachlässigt dabei, dass der Wohlfahrtsstaat diese sozialen Prozesse stark beeinflusst. Die vergleichende Sozialpolitikforschung ihrerseits konzentriert sich darauf, welche Rolle die Parteien in der Entwicklung von Sozialstaaten spielen, also auf ihre Bedeutung als unabhängige Variable. Wie Sozialstaatsreformen auf den Parteienwettbewerb zurückwirken und ihn verändern, kommt bislang weder in der einen noch in der anderen Perspektive systematisch in den Blick.

Wir werden analysieren, wie der Sozialstaatsumbau sich auf die Parteipräferenzen in der Wählerschaft und auf die gesellschaftliche Sozialstruktur auswirkt und wie er dadurch mittelbar das Parteiensystem beeinflusst. Der Parteienwettbewerb steht im Zentrum demokratischer Politik und ist der zentrale Mechanismus der Herstellung von Legitimität. Wir fragen: Wie funktioniert er unter den Bedingungen transformierter Staatlichkeit?

Parteiensysteme sind ohnehin im Wandel, weil die Konfliktlinien, die sie bislang geprägt haben, in ihrer Bedeutung nachlassen. Die Folgen dieser Erosion traditioneller Konfliktlinien werden jedoch sozialstaatlich aufgefangen und vermittelt. Wir konzentrieren uns auf die zwei historisch wichtigsten Konflikte in Westeuropa: auf den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und auf den zwischen Kirche und Staat. Was den Arbeit-Kapital-Konflikt anbetrifft, so bilden sich im Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft neue Wählergruppen mit neuartigen Interessen in der Arbeitsmarktpolitik und in der öffentlichen Beschäftigung. Mit dem Intensitätsverlust des Konflikts Kirche-Staat sortieren sich ebenfalls Wählergruppen neu, insbesondere die neuen sozialpolitischen Interessen von Frauen werden dabei relevant.

Wir untersuchen westeuropäische Staaten, die typisch für besondere Verbindungen von Wohlfahrtsregime und Parteiensystem sind, insbesondere Schweden, Großbritannien, Deutschland und Italien. In statistischen Analysen gehen wir zunächst dem Wahlverhalten von zwei für uns zentralen Wählergruppen nach, den neuen Dienstleistungsberufen und den Frauen. Diese Befunde werden dann in detaillierte Analysen der sozialpolitischen Reformverläufe und der programmatischen Neuausrichtung der Parteien eingebettet. Abschließend fragen wir: Zeichnet sich zwischen transformiertem Sozialstaat und parteipolitischer Repräsentation gewandelter gesellschaftlicher Interessen ein neues stabiles Entsprechungsverhältnis ab, das mit jener Konstellation vergleichbar ist, die die ersten vier Nachkriegsjahrzehnte europäischer Sozialstaatlichkeit gekennzeichnet hat?

#### Erste und letzte Phase (2011 [teilweise] - 2014)

*Leitfragen:* Welche *Reaktionen* hat der Wandel von Staatlichkeit in der Wohlfahrtsdimension bei Wählern und Parteien hervorgerufen und wie haben sich die politischen Kräfte in den nationalen Parteiendemokratien neu formiert? Trägt die Anpassung der Parteiensysteme an den neuen Sozialstaat zu einer stabilen Interessen- und Akteurskonstellation bei?

### 3.3 Ausgangssituation des Teilprojekts

#### 3.3.1 Stand der Forschung

##### Parteiensysteme und Wählerwandel

Parteiensysteme in Europa waren durch politisch-soziale Konfliktlinien strukturiert, die sich in unterschiedlichen formativen Phasen im Zuge der Massendemokratisierung herausgebildet haben. In der Literatur werden diese Konfliktlinien Cleavages genannt (Lipset & Rokkan 1967; Mair 2006). Durch die Institutionalisierung von Parteiensystemen hat sich die Bedeutung dieser Cleavages in der Zuordnung von bestimmten Wählergruppen zu bestimmten Parteien (*electoral alignment*) zunächst als erstaunlich stabil erwiesen. Seit den 1970er Jahren haben sich das Wahlverhalten und damit die traditionellen sozialen Zuordnungen jedoch verändert. Die alten Cleavages scheinen ihre Bindungskraft verloren zu haben. Dem liegen sozio-strukturelle und kulturelle Veränderungen zugrunde, wie der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft (Tertiärisierung) und die abnehmende Bindungskraft religiöser Überzeugungen (Säkularisierung).

Allgemein hat die Fragmentierung der europäischen Parteiensysteme in den letzten Jahrzehnten zugenommen (Niedermayer u.a. 2006). Dies ist ein Reflex auf sozialen Wandel und auf die von ihm veranlassten sozialpolitischen Reformen. Beide haben Interessenlagen pluralisiert (vgl. Kitschelt 1994; Kriesi u.a. 2008). Damit verlagert sich möglicherweise die Integrationsleistung, die früher von großen Volksparteien erbracht wurde, heute auf die Parteiensysteme insgesamt. Das kann durch Neupositionierungen und durch das Entstehen neuer Parteien geschehen. Wo die Anpassung der nationalen Parteiensysteme an die veränderten Interessenlagen gelingt, können sie zur Stabilisierung der neuen staatlichen Konstellation beitragen. Somit kann die Stabilitäts- bzw. Kollisionsthese überprüft werden (Sfb-Fortsetzungsantrag 2010: Bd.1, 55-58). Ebenso können sich durch die Repräsentation von ‚Reformverlierern‘ in entweder links- oder rechtspopulistischen Parteien die Parteiensysteme jedoch stärker polarisieren, was die politische Stabilität der gewandelten Sozialstaaten schwächen würde.

Die Anpassung von Parteiensystemen an die neuen Bedingungen ist seit Mitte der 1980er Jahre ein wichtiges Forschungsthema. Dabei waren sich die Forscher uneinig über Ausmaß und Art des Wählerwandels. Einige vertraten die Position, dass das Wahlverhalten insgesamt volatiler geworden sei und damit Sachthemen wichtiger geworden seien als die gesellschaftliche Position der Wähler (*dealignment hypothesis*; Dalton 1984; Franklin u.a. 1992). Andere meinten, dass sich mit der neuen Sozialstruktur neue Konfliktlinien herausgebildet hätten (*realignment hypothesis*; Dalton u.a. 1984; Evans 1999; Oesch 2008; Kriesi u.a. 2008). Wieder andere warnten davor, die Schwankungen im Wahlverhalten zu überschätzen und betonten die fort-dauernde Bedeutung traditioneller Cleavages (Bartolini & Mair 1990). Trotz dieser unterschiedlichen Interpretationen besteht aber weitgehend Konsens darüber, dass sich das Wahlverhalten seit den 1970er Jahren umfassend gewandelt hat (als Überblick Mair u.a. 2004). Auch wenn die Bedeutung der traditionellen politischen Konfliktlinien nachlässt, bleibt der Cleavage-Begriff ein wichtiger Bezugspunkt in der Parteienliteratur, eben weil Cleavages historisch prägend waren (vgl. Mair 2006) und weil die Entstehung von neuen Konfliktlinien diskutiert wird (z.B. Kriesi u.a. 2008).

In Anlehnung an Franklin u.a. (1992) gehen wir davon aus, dass durch den Rückgang der strukturell gefestigten Stammwählerschaften Policies für Wahlentscheidungen wichtiger geworden sind.<sup>1</sup> Für Parteien bedeutet dies, dass ihre Wählerschaften unsicherer geworden sind, dass sie aber auch durch Policies gezielt versuchen können, alte Wählergruppen zu halten oder neue zu gewinnen. Dazu müssen Parteien durch konsistente Positionierung in bestimmten Themenbereichen eine bestimmte Policy-Reputation erwerben (Kitschelt 2007). So können sich trotz Abschwächung von traditionellen Milieubindungen und Interessenlagen neue, relativ stabile Muster im Wahlverhalten der Bevölkerung herausbilden bzw. alte Muster fortsetzen.

Die Parteienforschung hat sich vor allem darauf konzentriert, gemeinsame, Länder übergreifende Tendenzen des Wandels von Parteiensystemen und Wahlverhalten auszumachen (z.B. Dalton 1984; Inglehart 1990; Kriesi u.a. 2006). Aber der Wählerwandel variiert zwischen den wirtschaftlich entwickelten Demokratien. So gewinnen in manchen Staaten sozialdemokratische Parteien vermehrt Wähler in der neuen Mittelschicht, während sie in anderen Ländern deutlich in der Arbeiterschaft verankert bleiben (Oesch 2008). Neben Unterschieden in der Ausgangssituation der nationalen Parteiensysteme (Kitschelt 1994; Kitschelt & Rehm 2005; Kriesi 1998) sind hierfür, so unsere zentrale These, auch die unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatsregime verantwortlich, die die gesellschaftlichen Trends der Tertiarisierung und Säkularisierung je unterschiedlich prägen. Damit kommt in den Blick, dass die Transformation des Sozialstaats auf den Wandel des Wählerverhaltens einwirkt. Dieser Zusammenhang wurde bislang kaum untersucht, obwohl wir in der Literatur immer wieder Hinweise auf diesen Zusammenhang finden. Um nur zwei Beispiele zu geben: Mindestlöhne oder Lohnersatzleistungen können das Entstehen eines Niedriglohnssektors verhindern und stattdessen zu höherer struktureller Arbeitslosigkeit oder zum Rückzug aus dem Arbeitsmarkt (Stichwort Frühverrentung) führen. Eine stark ansteigende Erwerbsbeteiligung von Frauen kann im privaten oder aber im staatlichen Dienstleistungssektor erfolgen (Iversen & Wren 1998), oder sie kann sozial- und steuerpolitisch eher behindert werden. Ob sozialpolitisch der eine oder der andere Weg gewählt wird, hat handfeste Verteilungsfolgen und wirkt sich daher nachhaltig auf die politischen Interessen der Betroffenen und den Wettbewerb der Parteien um alte und neue Wählergruppen aus.

Insgesamt hat die Parteienliteratur bisher den sozialstaatlichen Einfluss auf den Wandel des Wählerverhaltens und, in der Folge, auf die Anpassung von Parteiensystemen weitgehend ignoriert. Diese Forschungslücke soll das hier vorgeschlagene Teilprojekt füllen.

### **Sozialstaatsreformen und Parteienwettbewerb**

Wohlfahrtsstaaten "structure citizens into pools of people who are more or less homogeneous with respect to risks and resources. Such processes of internal homogenization and external heterogeneity ... influence citizens' preferences" (Korpi 2006: 179). In der Literatur sind diese Stratifizierungseffekte für den Nachkriegswohlfahrtsstaat relativ gut untersucht (Esping-Andersen 1990; Saunders 2010; Korpi & Palme 2004). Für

---

<sup>1</sup> Als dritte Möglichkeit – neben sozio-kultureller Bindung und policy-orientierter Wahlentscheidung – können Parteien Wahlstimmen durch gezielte materielle Anreize kaufen, Stichwort Klientelismus (Kitschelt & Wilkinson 2007). Der Einfachheit halber gehen wir hier nicht näher auf diese Option ein, werden sie aber in die Analyse mit einbeziehen, so im italienischen Fall.

den Sozialstaat des ‚post-golden age‘ steht aber bislang eine Analyse seiner formierenden Wirkung auf gesellschaftliche Interessenlagen und damit auf politische Präferenzen aus.

Gösta Esping-Andersens (1990) Charakterisierung von Wohlfahrtsregimen erfasst idealtypisch, wie der Nachkriegswohlfahrtsstaat die Sozialstruktur der Wählerschaft in hochentwickelten Ländern geprägt hat (s. auch Ferrera 1996; Arts & Gelissen 2010). Darauf aufbauend hat auch Paul Pierson (1993) den Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaatsexpansion und Veränderungen im Wahlverhalten hervorgehoben. Zunächst argumentierte er allgemein, weite Sektoren der Bevölkerung profitierten als Leistungsempfänger oder als öffentlich Beschäftigte vom Sozialstaat. Der Sozialstaat sei daher ‚politisch attraktiv‘ und schwer zurückzubauen (Pierson 1996; s. auch: Lepsius 1979; Flora 1986). Später wies er darauf hin, dass sich der Problemdruck und die Interessenlagen der Wähler ‚pfadabhängig‘ nach Wohlfahrtsregime unterscheiden (Pierson 2001). Pierson verbindet diese Einsicht jedoch nicht mit einer systematischen Analyse sich wandelnder gesellschaftlicher Interessenlagen und parteipolitischer Präferenzen samt der darauf reagierenden programmatischen Ausrichtung der Parteien, und er vernachlässigt zudem, dass bestimmte Parteien auch Stimmengewinne aus sozialpolitischer Kürzungsgesetzgebung ziehen können (Giger & Nelson 2011; Manow **2010a** [7]<sup>2</sup>).

In der Literatur wird vor allem gefragt: Wie haben Parteien den Wohlfahrtsstaat geprägt? Selten wird diese Frage anders herum gestellt: Wie hat der Wohlfahrtsstaat den Parteienwettbewerb geprägt? Dabei zeigt gerade das Beispiel der deutschen „Hartz-Gesetze“, wie Sozialreformen sich auf das Parteiensystem auswirken können. Mehrere Autoren haben darauf hingewiesen, dass die „Hartz-Reformen“ entscheidend zum Aufstieg der Partei „Die Linke“ beigetragen haben (Picot 2009, 2011; Nachtwey & Spier 2007; Hassel & Schiller 2010). Für das bisher einseitige Forschungsinteresse am Einfluss der Parteien auf den Sozialstaat gibt es einen Grund: Sowohl die Parteidifferenzlehre als auch die eng verwandte Machtressourcentheorie verstehen politische Parteien als Repräsentanten relativ stabiler sozialer Klassen, deren Interessen sie umzusetzen suchen (Hibbs 1977; Castles 1982; Korpi 1983; Esping-Andersen 1985; Huber & Stephens 2001; Korpi & Palme 2003; Allan & Scruggs 2004).<sup>3</sup> In der Rokkanschen Cleavage-Theorie (Flora u.a. 1999) wird die Rolle der Parteien jedoch in einen weiteren historischen und strukturellen Kontext gestellt. Hiernach hängt das Parteiensystem in einem Land stark mit den gesellschaftlichen Cleavages zusammen. Das prägt auch das jeweilige Wohlfahrtsstaatsregime (Flora 1986; Ferrera 1993). Insbesondere die *zusätzlich* zum vorherrschenden Arbeit-Kapital-Cleavage bestehenden Spaltungslinien haben die Unterschiede zwischen den europäischen Wohlfahrtsregimes geprägt. Die Parteien, die aus diesen sekundären Cleavages entstanden sind, waren – begünstigt durch proportionale Wahlsysteme – stark am Ausbau des Wohlfahrtsstaats beteiligt. In Skandinavien gilt dies für die Agrarparteien, in Kontinentaleuropa und in Südeuropa für die christdemokratischen Parteien (Manow **2009** [1]; Kersbergen & Manow **2009** [2]). Parteien sind allerdings kein rein passiver Ausdruck einer sozialen bzw. politischen Konfliktlinie, sondern haben aktiv zur Formierung und Stabilisierung der Cleavages beigetragen (Lipset & Rokkan 1967; Mair 2006). Dabei diente Sozialpolitik ihnen als wichtiges Instrument. Die Transformation von Sozialstaatlichkeit und der Parteienwettbewerb sind deshalb eng verzahnt. Dieser Zusammenhang ist kaum untersucht worden, obwohl in der Literatur immer wieder einzelne Beispiele für diesen Zusammenhang erwähnt werden.<sup>4</sup>

---

<sup>2</sup> Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich unter 3.3. und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.2 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

<sup>3</sup> Häusermann, Picot und Geering (2010) zeigen drei neuere Forschungsstränge zum Einfluss der Parteipolitik auf den Sozialstaat auf: Erstens haben mehrere Autoren untersucht, welche Wettbewerbsanreize von der Positionierung von Parteien ‚im politischen Raum‘ ausgehen und wie sich diese Anreize in Sozialreformen widerspiegeln (Picot 2009, 2011; Kitschelt 2001; Green-Pedersen 2001). Zweitens betonen mehreren Studien den Unterschied zwischen programmatischem und partikularistischem Parteienwettbewerb für Sozialpolitik (Orloff & Skocpol 1984; Lynch 2006; Estévez-Abe 2008; Kitschelt & Wilkinson 2007). Drittens zeigen jüngere Forschungen auf, wie sich die soziale Basis der Parteien verändert hat – woraus wiederum Erklärungen für die sozialpolitischen Entscheidungen von Parteien abgeleitet werden (Rueda 2007; Häusermann 2010).

<sup>4</sup> Stichwortartig seien hier genannt: Sozialdemokraten sowie Agrarpartei und der Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in Schweden (Huber & Stephens 2001); Thatcher und die Privatisierung des Sozialwoh-



In unserem Teilprojekt betrachten wir den bislang vernachlässigten Effekt der Sozialstaatstransformation auf den Parteienwettbewerb. Insofern tragen wir direkt zum Kernthema der dritten Phase des Sfb bei. Wir untersuchen: Welche *Reaktionen* hat der Wandel von Staatlichkeit in der Wohlfahrtsdimension bei Wählern und Parteien hervorgerufen und wie haben sich die politischen Kräfte in den nationalen Parteiendemokratien neu formiert? Dabei gehen wir auch der Frage nach: Trägt die Anpassung der Parteiensysteme an den neuen Sozialstaat zu einer stabilen Interessen- und Akteurskonstellation bei oder ist das nicht der Fall?

### **Tertiärisierung und Sozialstaatsumbau**

Seit den 70er Jahren findet die hauptsächliche Beschäftigungsdynamik im Dienstleistungssektor und nicht mehr in der Industrie statt. Die industrielle Arbeiterklasse ist zahlenmäßig zurückgegangen, während die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor stark zugenommen hat. Die Beschäftigungslogik im Dienstleistungssektor unterscheidet sich allerdings von der Industrie. Während in der Industrie die Arbeitsproduktivität durch Kapitalinvestitionen gesteigert werden kann, sind Produktivitätssteigerungen im Dienstleistungssektor enge Grenzen gesetzt (Baumol 1967). Um bei geringer Produktivität im privaten Dienstleistungssektor Beschäftigung zu fördern, ist daher oft eine Senkung des Lohnniveaus nötig. Regierungen sind mit einem Dilemma konfrontiert: Entweder lassen sie mehr Lohnungleichheit zu oder sie verhindern das Anwachsen eines Niedriglohnsektors und müssen höhere Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen (Esping-Andersen 1999: Kap. 6, 7). Alternativ können sie den öffentlichen Dienstleistungssektor ausbauen, was aber mit hohem staatlichem Finanzierungsbedarf verbunden ist (Iversen & Wren 1998).

Leicht vereinfacht lässt sich für jedes europäische Wohlfahrtsregime ein eigener Weg ausmachen, der gegenüber der Herausforderung der Tertiärisierung eingeschlagen wurde (Iversen & Wren 1998; Esping-Andersen 1999): In den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten wurde massiv auf den öffentlichen Dienstleistungssektor gesetzt. In englisch-sprachigen Ländern entstanden Arbeitsplätze vor allem im niedrig bezahlten, privaten Dienstleistungssektor. In kontinentaleuropäischen Ländern wurde zunächst zusätzliche Beschäftigung in privaten Dienstleistungen durch hohe Lohnnebenkosten und Lohnersatzleistungen erschwert (s. z.B. Manow & Seils 2000 [4]). Später wurde durch aktivierende Arbeitsmarktpolitik und Einführung flexibler Beschäftigungsformen gegengesteuert, was aber zu einer Dualisierung des Arbeitsmarktes führte (Palier & Martin 2008; Palier 2010). In südeuropäischen Staaten wurde ähnlich wie in Kontinentaleuropa der Beschäftigungszuwachs im Dienstleistungssektor eher erschwert bzw. nur außerhalb des offiziellen Arbeitsmarktes, als Schwarzarbeit geduldet (vgl. Pfau-Effinger 2009a). In neuerer Zeit nehmen jedoch auch hier liberalisierte flexible Beschäftigungsformen zu. Ein, allerdings schwindender, Kern festangestellter Arbeiter in großen Industriebetrieben bleibt dabei bestehen (Berger & Piore 1980; Ferrera 2010).

Da sich die Sozialstruktur durch die Tertiärisierung erheblich geändert hat, sollte sich die Analyse des Parteienwettbewerbs nicht mehr auf die sozialen Klassen des industriellen Zeitalters, sondern auf ein differenzierteres und aktualisiertes Klassenschema beziehen. Das von Oesch (2006, 2008) entwickelte Schema eignet sich besonders gut für die Analyse der postindustriellen Sozialstruktur, weil es Berufe nach Qualifizierungsniveau und nach Tätigkeitsbereich unterscheidet. Der Klassenbegriff bezieht sich dabei nicht auf kollektive soziale Akteure, sondern auf ähnliche Positionen im Arbeitsmarkt. Inspiriert von Kitschelt (1994) hat Oesch nicht nur vertikal die Marktmacht der Individuen unterschieden (nach Qualifikation), sondern auch die Hauptlogik ihrer beruflichen Tätigkeit. Oesch (2006, 2008), Kitschelt (1994) und andere (Kriesi 1998; Häusermann 2010) haben gezeigt, dass die Tätigkeitsbereiche von Berufen (inter-personelle Dienstleistung, Produktion oder Verwaltung) mit politischen Einstellungen korrelieren. Berufstätige in sozialen und kulturellen Dienstleistungen (interpersonelle Arbeitslogik) haben öfter sozial-liberale Einstellungen und neigen ‚links-libertären‘ Parteien zu. Andere Dienstleistungsberufe, nämlich die im niedrig qualifizierten und niedrig bezahlten Segment, stehen durch ihre wirtschaftlichen Interessen linken Parteien nahe, auch wenn ihr Beschäftigungsprofil von der industriellen Arbeiterklasse abweicht, so durch oft niedrigere Bezahlung und höhere Flexibilität. Diese zwei neuen Dienstleistungsklassen (sozio-kulturelle Fachkräfte und niedrig qualifizierte

---

nungsbaus (Pierson 1994); Christdemokraten und die Renten- und Gesundheitsreform in den 50er Jahren in Deutschland (Hockerts 1980); Democrazia Cristiana und die Arbeitsmarkt- und Familienpolitik in Italien (Iversen u.a. 2005; Corbetta & Cavazza 2008); „Hartz-Reform“ und das Entstehen der Linkspartei (Nachtwey & Spier 2007; Picot 2009).

Dienstleister) sind für sozialdemokratische Parteien angesichts der Erosion des Arbeit-Kapital-Cleavage besonders relevant.

In manchen Staaten hat die sozialstaatliche Reaktion auf die Tertiarisierung zu einer Dualisierung des Arbeitsmarkts geführt (Esping-Andersen 1999; Armingeon & Bonoli 2006; Rueda 2007; King & Rueda 2008; Palier & Thelen 2010). Beschäftigungsverhältnisse wurden liberalisiert (als befristete Beschäftigung, Zeitarbeit, Teilzeit, Projektarbeit; einen Überblick bieten Davidsson & Naczyk 2009), wodurch sie oft nur schlecht zu den bestehenden Systemen der sozialen Sicherheit passen. Insbesondere verhindern die sogenannten atypischen Beschäftigungsformen oft den Erwerb ausreichender Versorgungsansprüche in der Sozialversicherung (Grimshaw & Rubery 1997; Clasen & Clegg 2006). Auch die neue Heterogenität der Beschäftigungsformen spielt bei der Transformation des Arbeit-Kapital-Cleavage eine Rolle. Die Forschung hierzu steht noch am Anfang, aber mehrere Forscher haben darauf hingewiesen, dass die von stabiler Beschäftigung ausgeschlossenen Arbeiter andere politische Präferenzen besitzen als die sogenannten Arbeitsmarkt-Insider (Marx & Picot 2011; Rueda 2007, 2005; Burgoon & Dekker 2010; Gallego 2007; Gegenpositionen finden sich bei: Pierson 2001; Häusermann & Schwander 2009; Emmenegger 2009).

### **Säkularisierung, Frauenwahlverhalten und Sozialpolitik**

Für die gewandelte Interessenlage von Frauen und ihre veränderten politischen Präferenzen gilt Vieles des eben Gesagten, denn Frauenbeschäftigung ist weit überwiegend Dienstleistungsbeschäftigung. Wie bei der regimespezifischen Anpassung an die Tertiarisierung unterscheiden sich die Politiken, die auf die steigende Frauenerwerbstätigkeit reagieren, ebenfalls nach Wohlfahrtsregimen (Morgan 2005; Pfau-Effinger 2009b). Hinzu kommt folgender Aspekt: Bis in die 1970er Jahre haben Frauen überproportional konservativ gewählt (*traditional gender vote gap*). Seither haben sich ihre Wahlpräferenzen in vielen Ländern zunehmend nach links bewegt (*modern gender vote gap*; siehe Jelen u.a. 1994; Edlund & Pande 2002; Vaus & McAllister 1989; Box-Steffensmeier u.a. 2004; Inglehart & Norris 2000; Giger 2009). Diese Verschiebung dürfte neben der steigenden Frauenerwerbstätigkeit und veränderten Familienmustern auch mit der zurückgehenden Bedeutung religiös geprägter Wertevorstellungen zusammenhängen. Dadurch wurden linke Parteien für Frauen sozialpolitisch attraktiver (Iversen & Rosenbluth 2006, 2010). Dem Effekt der Tertiarisierung auf den Parteienwettbewerb ist beim Wettbewerb um die weiblichen Wähler also in vielen Ländern der Prozess der Säkularisierung quasi vorgeschaltet. Christdemokratische Parteien, die zuvor auf eine stabile konfessionelle (überproportional weibliche) Wählerschaft rechnen konnten, sind dadurch mit einem erheblichen frauen- und familienpolitischen Modernisierungsbedarf konfrontiert. Der Sozialstaatsumbau wurde damit auch in denjenigen Ländern Gegenstand des Parteienwettbewerbs um die Wahlstimmen von Frauen, in denen dieser Wettbewerb zuvor ‚konfessionell restringiert‘ gewesen war, weil linke Parteien zwar für religiöse Frauen sozialpolitisch attraktiv, aber aufgrund ihres aggressiven Antiklerikalismus lange Zeit faktisch unwählbar waren (vgl. Manow & Kersbergen 2006 [9], Kersbergen & Manow 2009 [2]).

Wie sich der Wandel konfessioneller Bindungen auf das Frauenwahlverhalten auswirkt, ist bislang kaum systematisch untersucht worden. Ebenfalls wurde bislang nicht untersucht, inwieweit die sozial- und damit parteipolitischen Präferenzen von Frauen wohlfahrtsregime-spezifisch geprägt sind. In der Literatur zum traditionellen und modernen ‚gender vote gap‘ interessierten die Veränderungen der Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen bislang vornehmlich als säkularer Trend. Es wird zwar gesehen, dass weibliche Erwerbstätigkeit einen robusten Effekt auf die sozialpolitischen Interessen von Frauen hat und dass damit auch die Arbeitsmarktchancen von Frauen die Richtung und Ausprägung der Gender-Unterschiede im Wahlverhalten beeinflussen (vgl. Iversen & Rosenbluth 2006, 2010). Nicht näher analysiert wird aber, welcher Art diese Arbeitsmarktchancen sind: Findet der Beschäftigungszuwachs vor allem im privaten Dienstleistungssektor statt, entwickeln Frauen andere sozialpolitische und damit auch parteipolitische Präferenzen, als wenn die Beschäftigung überwiegend im öffentlichen Dienstleistungssektor entsteht (vgl. Rueda 2007; Huber & Stephens 2001; Iversen & Wren 1998). Notwendig ist also eine zwischen den unterschiedlichen Sozialstaatsregimen differenzierende Analyse des Zusammenhangs von Sozialstaatstransformation, Frauenbeschäftigung, politischem Einstellungswandel und Frauenwahlverhalten.

### 3.3.2 Eigene Vorarbeiten

Philip Manow forscht seit Längerem zu Parteipolitik und Sozialstaatsreformen. Er hat in mehreren Arbeiten den Zusammenhang zwischen nationalen Parteiensystemen (entstanden im Zusammenwirken von Wahlgeln und politischen Spaltungslinien) und Wohlfahrtsstaatsregimen untersucht (Manow **2008a** [3], **2009** [1]; Manow & Kersbergen **2006** [9], Kersbergen & Manow **2009** [2]). Des Weiteren gelten mehrere seiner Studien dem Zusammenhang von De-Industrialisierung und Wohlfahrtsstaat (Manow & Seils **2000** [4]; Manow u.a. **2011** [6]; Manow **2010** [5]). Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen dabei die verschiedenen Herausforderungen und die auf sie erfolgenden sozialpolitischen Antworten, die mit dem Beschäftigungsrückgang zunächst im primären Sektor und dann im Industriesektor verbunden waren.

### 3.3.3 Liste der publizierten einschlägigen Vorarbeiten

Verfasser in [eckigen Klammern] werden keine Sfb-Projektleiter sein.

#### (I.) Referierte Beiträge für

##### (a) wissenschaftliche Zeitschriften

1. Manow, Philip (2009) Electoral rules, class coalitions and welfare state regimes, or how to explain Esping-Andersen with Stein Rokkan, *Socio-Economic Review* **7**:1, 101-121

##### (b) monographische Reihen

2. [Kersbergen, Kees van &] Manow, Philip, Hg. (2009) *Religion, Class Coalitions, and Welfare States*, New York, N.Y.: Cambridge University Press
3. Manow, Philip (2008a) *Religion und Sozialstaat. Die konfessionellen Wurzeln europäischer Sozialstaatlichkeit*, Frankfurt a.M.: Campus

##### (c) Sammelbandbeiträge

4. Manow, Philip [& Erik Seils] (2000) Adjusting Badly: The German Welfare State, Structural Change, and the Open Economy, in: Fritz W. Scharpf & Vivien A. Schmidt, Hg., *Welfare and Work in the Open Economy, Volume II: Diverse Responses to Common Challenges*, Oxford: Oxford University Press, 264-307
5. Manow, Philip (2010) Sektorwandel, Sozialstaatsintervention und die Parteien: Die 'De-Industrialisierungs-These' revisited, in: David Gilgen, Christopher Kopper & Andreas Leutzsch, Hg., *Deutschland als Modell? Rheinischer Kapitalismus und Globalisierung seit dem 19. Jahrhundert*, Bonn: Dietz, 117-140
6. Manow, Philip, [Kees van Kersbergen & Gijs Schumacher] (2011) Sectoral Change and the Expansion of the Welfare State: Re-visiting the 'De-Industrialization-Thesis', in: Anne Wren, Hg., *The Political Economy of the Service Society (s. CD Rom)*
7. Manow, Philip (2010a) Trajectories of Fiscal Adjustment in Bismarckian Welfare Systems, in: Bruno Palier, Hg., *A Long Goodbye to Bismarck?: The Politics of Welfare Reform in Continental Europe*, Amsterdam: Amsterdam University Press, 279-299.

##### (d) wesentliche Fachkongresse

8. Manow, Philip [& Patrick Emmenegger] (2011) *Religion and the Gender Vote Gap. Women's political preferences from the 1970s to 2010*. Paper präsentiert auf dem Workshop Religion und Wahlverhalten, 10.-11. März 2011. Gemeinsame DVPW-Tagung des AK-Wahlen und des AK-Politik und Religion, Berlin, Katholische Akademie (s. CD Rom)

##### (e) Arbeitspapiere

9. [Kersbergen, Kees van &] Philip Manow (2006) The impact of class coalitions, cleavage structures and church-state conflicts on welfare state development. Amsterdam University Working Paper, Political Science, No. 2006/3.  
(URL:[http://www.fsw.vu.nl/en/Images/The%20impact%20of%20class%20coalitions%2C%20cleavage%20structures%20and%20church%E2%80%93state%20conflicts%20on%20welfare%20state%20development\\_tcm31-42708.pdf](http://www.fsw.vu.nl/en/Images/The%20impact%20of%20class%20coalitions%2C%20cleavage%20structures%20and%20church%E2%80%93state%20conflicts%20on%20welfare%20state%20development_tcm31-42708.pdf))

#### (II.) Nicht-referierte Beiträge für

---

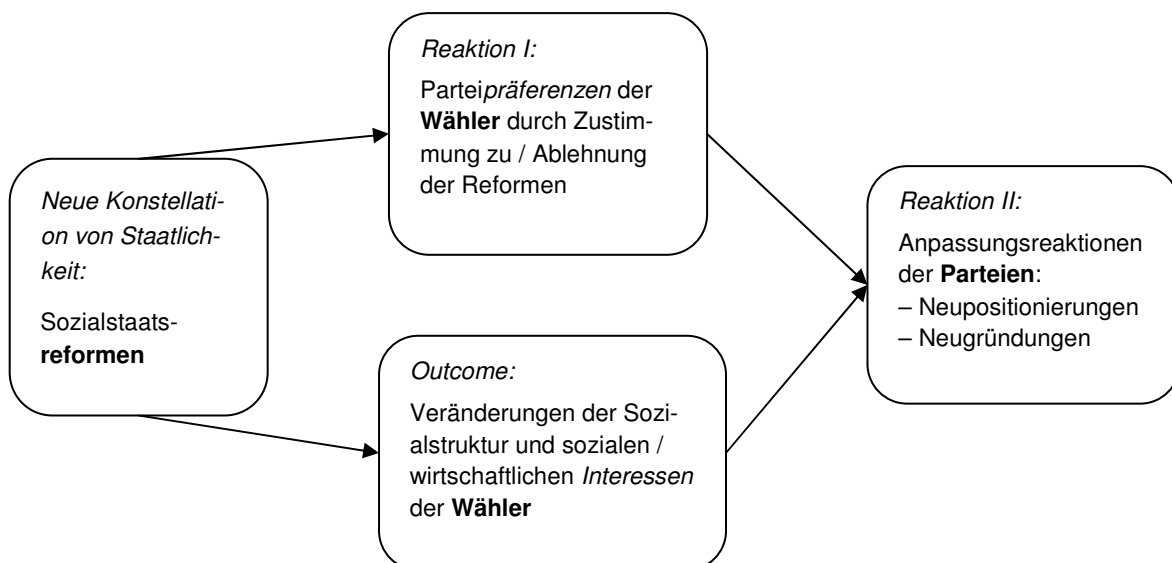
### 3.4 Planung des Teilprojekts

#### 3.4.1 Forschungsziele

##### Überblick

In diesem Teilprojekt werden die Folgen des Sozialstaatsumbaus für den Wandel von Parteiensystemen untersucht. Dieser Wandel vollzieht sich vor dem Hintergrund einer nachlassenden Wirkung traditioneller Konfliktlinien. Dadurch entscheiden zunehmend Policies darüber, welche neuen Verbindungen von Parteien und sozialen Wählergruppen entstehen. Die Ergebnisse dieses Wandels haben wichtige Auswirkungen auf die Struktur heutiger Parteiensysteme und damit auf die Legitimation der neuen staatlichen Ordnung. In Abbildung 1 wird der kausale Zusammenhang zwischen Sozialreformen und Parteiensystemen, den wir untersuchen wollen, vereinfacht illustriert. Er verläuft in zwei Schritten, wobei der erste Schritt zwei Formen annehmen kann, indem Reformen des Sozialstaats entweder die Präferenzen oder die Interessen der Wähler beeinflussen. Zum einen rufen Reformen selber ablehnende oder zustimmende *Reaktionen* hervor und ändern damit unter Umständen die *Parteipräferenzen* der Wähler. Zum anderen prägen die Sozialreformen mittelfristig – als *Outcome* – die Sozialstruktur der Wählerschaft und verändern hierüber die politische Nachfrage aufgrund neuer sozialer und wirtschaftlicher *Interessen*. Im zweiten Schritt der Kausalkette *reagieren* die Parteien auf die veränderten Präferenzen und Interessen der Wählerschaft: Entweder positionieren sich etablierte Parteien neu oder neue Parteien entstehen. Das Aufkommen neuer Parteien ist vor allem dann wahrscheinlich, wenn es den etablierten Parteien nicht gelingt, gewandelte Interessenlagen adäquat zu repräsentieren. Zusätzlich hängt es natürlich davon ab, ob das Wahlsystem den Aufstieg neuer Parteien erleichtert oder erschwert.

**Abbildung 1: Die Kausalkette von Sozialstaatsreformen zum Wandel von Parteiensystemen**



Da unsere Aufmerksamkeit den Auswirkungen des Sozialstaatsumbaus – in Form der *Reaktionen* der Wähler und Parteien – gilt, konzentriert sich unser Untersuchungszeitraum auf die 2000er Jahre. Das erlaubt es, die politischen Konsequenzen von drei Jahrzehnten der Sozialstaatstransformation in den Blick zu nehmen. In den geplanten Fallstudien werden wir jedoch auch einzelnen Reformverläufen und deren Auswirkungen seit den 1970er Jahren genauer nachgehen. Dies hat vor allem zwei Gründe: So können wir, erstens, zwischen unterschiedlichen Reformen, die in diesem Zeitraum stattgefunden haben, differenzieren. Und wir können, zweitens, in die Untersuchung einbeziehen, dass Parteien natürlich nicht nur von den Auswirkungen der Sozialreformen betroffen sind, sondern vorher selber Einfluss auf die Reformen genommen haben.

### Hauptfragen und Hypothesen

Wir konzentrieren uns auf die zwei wichtigsten Cleavages in westeuropäischen Parteiensystemen – auf die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital und zwischen Kirche und Staat – und untersuchen den Effekt des Sozialstaatsumbaus auf die Neuformierung von Wählerpräferenzen und Parteien. Während der erste Cleavage alle westeuropäischen Parteiensysteme geprägt hat, ging der zweite aus Konflikten zwischen Staat und katholischer Kirche hervor, wie sie vor allem in Kontinental- und Südeuropa vorkamen (Caramani 2004).

Für beide Cleavages steht jeweils eine Wählergruppe im Mittelpunkt: die industrielle Arbeiterklasse und die Katholiken. Beide Gruppen gehen zahlenmäßig zurück und die bisherigen Bindungen schwächen sich ab. Dadurch müssen sich die Parteien, die aus dem jeweiligen Cleavage hervorgegangen sind, bemühen, neue Wähler zu gewinnen oder ihre alten, zunehmend weniger gebundenen Wähler zu halten. Im Falle des Cleavage Arbeit-Kapital geht es dabei vor allem um sozialdemokratische Parteien, die versuchen müssen, Wähler aus den neuen Dienstleistungsberufen zu gewinnen. Von der Erosion des Cleavage Kirche-Staat sind in erster Linie christdemokratische Parteien betroffen. Sie müssen sich insbesondere darum bemühen, weibliche Wähler zu halten, deren Wahlentscheidung vordem nachweislich stärker religiös beeinflusst war.

Für beide Gruppen – also neue Dienstleistungsklassen und Frauen – und deren Interessen sind bestimmte Politiken relevant, insbesondere die Arbeitsmarktpolitik (im weiten Sinne) und die öffentliche Bereitstellung von Dienstleistungen sowie für Frauen auch die Familienpolitik. Die Arbeitsmarktpolitik ist vor allem wichtig, weil die Erwerbskarrieren im Dienstleistungssektor sich stark von denen im industriellen Sektor unterscheiden und daher andere Bedürfnisse hervorrufen. Zugleich ist Frauenbeschäftigung ganz überwiegend Dienstleistungsbeschäftigung. Für beide Wählergruppen werden daher z.B. die Beschäftigungsflexibilität und ihre Konsequenzen für Beitragszeiten zur Sozialversicherung relevant. Öffentliche Dienstleistungen sind als Beschäftigungsmöglichkeit wichtig – auch in Abgrenzung zur Beschäftigung im privaten Sektor, die von den Arbeitsbedingungen her oft stark abweicht. Für Frauen werden darüber hinaus familien-, steuer- und bildungspolitische Maßnahmen bedeutend, die der steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen und den sich wandelnden Familienstrukturen gerecht werden müssen. Das alles wird in Tabelle 1 zusammengefasst.

**Tabelle 1: Der empirische Fokus für die zwei Cleavages: Policies, Wähler, Parteien**

Erodierender Cleavage:	Wesentlicher, die Erosion verursachender sozialer Prozess	Relevante Sozialpolitiken für neue Wähler	Wesentliche nicht (mehr) gebundene Wählergruppe	Hauptsächlich betroffene Parteien
<b>Arbeit-Kapital</b>	Tertiarisierung	Arbeitsmarktpolitik, öffentliche Dienstleistungen	Neue Dienstleistungsklassen	Sozialdemokratische Parteien
<b>Kirche-Staat</b>	Säkularisierung	Arbeitsmarktpolitik, öffentliche Dienstleistungen, Familienpolitik	Frauen	Christdemokratische Parteien

Im Forschungsstand (3.3.1) haben wir die Erkenntnisse zum Sozialstaatswandel und seine Auswirkungen auf unterschiedliche Pfade der Postindustrialisierung skizziert. Vor diesem Hintergrund erwarten wir folgende Auswirkungen des Sozialstaatsumbaus auf den Parteienwettbewerb und insbesondere den Wandel des **Cleavage Arbeit-Kapital**:

In *skandinavischen* Wohlfahrtsstaaten haben es die regierenden sozialdemokratischen und die Agrarparteien geschafft, durch Ausbau öffentlicher Dienstleistungen früh Wähler aus den Dienstleistungssektoren, insbesondere Fachkräfte im sozialen und kulturellen Bereich, an sich zu binden und damit ihre Wählerbasis an das Dienstleistungszeitalter anzupassen. Diese Strategie hat außerdem die Probleme der Arbeitsmarktsegmentierung gering gehalten.

In *englisch-sprachigen* Sozialstaaten hat die Anpassung an die Tertiarisierung über den Niedriglohnsektor zu größeren Ungleichheiten geführt. Dadurch erhöht sich die soziale Heterogenität der Wählerschaft. In Ländern mit Zwei-Parteien-Systemen, wie GB und den USA, stellt dies eine große Herausforderung insbesondere für linke Parteien dar. Im Zwei-Parteien-Wettbewerb müssen Parteien sich zur Mitte und somit zur Mittelschicht orientieren, um Wahlen zu gewinnen. Das macht es allerdings schwierig, die Interessen der Arbeiter

und Familien aus dem Niedriglohnsektor und den einfachen Dienstleistungsbereichen zu vertreten. Das kann trotz der Anreize des Mehrheitswahlsystems den Aufstieg neuer Parteien begünstigen, andernfalls dürfte die Legitimität des politischen Prozesses leiden.

In den kontinentalen und südeuropäischen Staaten müssen jeweils zwei Phasen unterschieden werden: eine passive Phase und eine Phase der Flexibilisierung. In *Kontinentaleuropa* bestand die erste Phase vor allem in der Verringerung des Arbeitsangebots. Darauf folgten Aktivierung und Deregulierung. Die erste Phase hat das Wachstum der Dienstleistungsbeschäftigung durch hohe Lohnnebenkosten behindert. Dadurch konnten die alten Wählerreservoirs weitgehend konserviert werden. Der Beschäftigungsdruck durch hohe Langzeitarbeitslosigkeit und geringe Aktivitätsraten stieg jedoch an und entfremdete einen (zunehmenden) Teil der Bevölkerung vom politischen Prozess, insbesondere die Langzeitarbeitslosen. Die darauf folgende Aktivierungspolitik hat oftmals die Arbeitslosengeldempfänger unter Druck gesetzt und damit politisch mobilisiert, aber auch radikalisiert. Das Anwachsen atypischer Beschäftigungsformen besonders im Dienstleistungssektor bei gleichzeitiger Schonung der Rechte von Arbeitsmarkt-Insidern hat die Heterogenität des Arbeitsmarkts erhöht und sich eher zu Gunsten kleiner Parteien, also der Grünen oder links-sozialistischer Parteien, ausgewirkt.

In *Südeuropa* fand die Reforminaktivität der ersten Phase ihr Ventil in der Schwarzarbeit, was insbesondere das Wählerreservoir für klientelistische Parteistrategien erhalten hat. Die Phase der Deregulierung hat vor allem die Arbeitsmarkteinsteiger und jungen Wähler betroffen. Gleichzeitig ging die klassische Basis der linken Parteien, also die industrielle Arbeiterklasse, zahlenmäßig zurück. In der Folge agierten viele linke Parteien orientierungslos zwischen drei potenziellen Wählergruppen hin und her: ihrer klassischen Basis und den zwei Hauptgruppen der neuen Dienstleistungsberufe, einerseits den prekär Beschäftigten, andererseits der Mittelklasse, zumal Mittelklassewähler im Wettbewerb mit zentristischen oder konservativen Parteien gewonnen werden mussten. Auch auf der rechten Seite des Parteienspektrums haben sich die Spannungen zwischen Gewinnern und Verlierern der Postindustrialisierung verschärft.

Die politischen Präferenzen von Frauen stehen im Mittelpunkt unserer Untersuchung zum Wandel des **Cleavage Kirche-Staat**. Diese Präferenzen haben sich mit abnehmenden konfessionellen Bindungen, aber auch mit zunehmender Frauenerwerbsbeteiligung verschoben. Viele Parteien reagierten hierauf mit besonders auf die sozialpolitischen Interessen von Frauen ausgerichteten Sozialstaatsreformen (vgl. Häusermann 2010). Wir werden den Einfluss dieser Reformen auf das Wahlverhalten und die politischen Einstellungen von Frauen untersuchen. Wir gehen davon aus, dass sozialdemokratische und links-liberale Parteien nicht zuletzt durch ihre Sozialpolitik attraktiver für Frauen geworden sind. Christdemokratische Parteien, die zuvor auf eine stabile konfessionelle (überproportional weibliche) Wählerschaft rechnen konnten, waren hingegen mit einem erheblichen frauen- und familienpolitischen Modernisierungsbedarf konfrontiert.

Die jeweilige programmatische Attraktivität der Parteien hängt aber auch davon ab, wo der überwiegende Anteil neuer Dienstleistungsbeschäftigung entsteht. Konzentriert sich die Dienstleistungsbeschäftigung im privaten Sektor, dann haben Frauen als Arbeitsmarkt-Outsider eher ein Interesse an niedrigen Eintrittsbarrieren (etwa geringem Beschäftigungsschutz) und an aktiver Arbeitsmarktpolitik – Interessen, die von einer traditionellen Sozialdemokratie mit enger Gewerkschaftsanbindung nicht unbedingt bedient werden. In der *angelsächsisch-liberalen* Welt ist daher auch dann kein ausgeprägter neuer bzw. moderner *gender-vote gap* zu erwarten, wenn kaum konfessionelle Bindungen bestehen, die zuvor zu einem konservativeren Wahlverhalten von Frauen geführt hätten. Anders formuliert: Wollen sozialdemokratische Parteien sich gegenüber den gewandelten Präferenzen weiblicher Wähler offen zeigen, müssen auch sie sich in diesen liberalen Ländern deutlich programmatisch reformieren. Tony Blairs New Labour war als ein solcher Versuch zu verstehen, neue Wählergruppen jenseits der gewerkschaftlich organisierten männlichen Arbeiterschaft zu erschließen.

Für die *skandinavischen Länder* als weitgehend säkularisierte Gesellschaften, die früh eine Ausweitung des öffentlichen Dienstleistungssektors betrieben haben, erwarten wir hingegen zu einem frühen Zeitpunkt das Auftreten eines ‚modern gender vote gap‘, also ein stärker ‚linkes‘ Wahlverhalten der Frauen. In den Wohlfahrtsstaaten *Kontinental- und Südeuropas* wiederum ist zu erwarten, dass der hier besonders ausgeprägte ‚traditional gender vote gap‘, also das konservativere Wahlverhalten der Frauen, am längsten anhält, weil die Bindungskraft des konfessionellen Cleavages nur schrittweise nachlässt. Schließlich sehen sich aber auch christdemokratischen Parteien zur programmatischen Neupositionierung gezwungen. Wiederum anders aber sieht das Bild im französischen Fall aus, wo eine christdemokratische Partei im Parteiensystem fehlt und wo der vehemente Staat-Kirche-Konflikt historisch zur Ausbildung einer umfassenden staatlichen Infrastruktur in

der Kinderbetreuung und bei Ganztagschulen geführt hat (Morgan 2006), die eine relative hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen ermöglicht. Hier gibt es tatsächlich ein rationales, weniger durch Religion eingeschränktes Interesse der weiblichen Wähler am Erhalt dieser öffentlichen Dienstleistungen – daher erwarten wir im französischen Fall die relativ frühe Ausbildung eines ‚modern gender vote gap‘.

### 3.4.2 Untersuchungsmethode

Die genannten Forschungsziele verfolgen wir, indem wir quantitative und qualitative Methoden miteinander verbinden. Insbesondere führen wir statistische Analysen zu Veränderungen des Wahlverhaltens der Wählergruppen durch, die uns interessieren, also der neuen Dienstleistungsklassen und der Frauen, und integrieren diese Analysen in eine genaue Rekonstruktion von Reformverläufen und parteipolitischen Neuausrichtungen. Wir werden uns auf Staaten konzentrieren, die jeweils typisch für eines der vier Wohlfahrtsregime sind: Schweden/Dänemark,<sup>5</sup> Großbritannien, Deutschland/Frankreich<sup>6</sup> und Italien<sup>7</sup>.

In dem ersten Teil unserer Untersuchung, in dem es um den Wandel des **Cleavage Arbeit-Kapital** geht, werden wir dementsprechend zunächst das Wahlverhalten der Dienstleistungsbeschäftigten, also der soziokulturellen Berufe und einfachen Dienstleister, in logistischen Regressionen untersuchen. Hierfür brauchen wir Individualdaten, die die ISCO-Berufskategorien mindestens in der zweistelligen Ausdifferenzierung (vgl. Oesch 2006) ebenso enthalten wie Variablen zu den Parteipräferenzen. Wir führen diese Analyse mit einem internationalen Datensatz durch, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu optimieren und die Ergebnisse unserer vier Fälle mit anderen postindustriellen Demokratien zu vergleichen. Hierfür verwenden wir die Daten des International Social Survey Programme (ISSP), die ISCO-Kategorien in vierstelliger Differenzierung enthalten ebenso wie die Wahlabsicht, eben die bekannte ‚Sonntagsfrage‘. Diese Daten sind über die Webseite der GESIS erhältlich und liegen als letztes für das Jahr 2008 und für die vier Länder dieses Untersuchungsteils (Schweden, Großbritannien, Deutschland, Italien) sowie für 37 weitere Länder (darunter alle wichtigen westeuropäischen Staaten bis auf Griechenland und Belgien) vor. Zusätzlich werden wir auf die 1996er Welle des ISSP (Role of Government) zurückgreifen, die genauere Variablen zu politischen Präferenzen enthält, gerade auch für die Sozialpolitik. Leider können wir unsere vier Länder im Zeitverlauf beim ISSP nur begrenzt abdecken.<sup>8</sup> Eine Alternative mit besseren Zeitreihen böten die Eurobarometer-Daten, sie verwenden allerdings eine andere und gröbere Berufskategorisierung.

Für unsere Fallstudien greifen wir außerdem auf nationale Datensätze zurück, um bessere Zeitreihen zu erhalten und einzelne Fragen genauer analysieren zu können, die in den internationalen Datensätzen nicht differenziert genug abgedeckt sind. Hier wäre es wünschenswert, nationale Haushaltsstudien zu verwenden, die detaillierte sozio-ökonomische Variablen ebenso abfragen wie Parteipräferenzen. Leider ist dies nur beim British Household Panel Survey und dem deutschen Sozio-Ökonomischen Panel der Fall (und auch hier sind die Items zu politischen Präferenzen begrenzt), während der Swedish Level-of-Living Survey und der italienische Survey on Household Income and Wealth keine Parteipräferenzen erfassen. Deshalb werden wir bei Bedarf zusätzlich auf Meinungsumfragen oder Wahlstudien zurückgreifen wie die Swedish National Election Study, den British Social Attitudes Survey, die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften oder die Italian National Election Study.<sup>9</sup>

---

<sup>5</sup> In dem Teil der Untersuchung, in dem es um den Cleavage Arbeit-Kapital geht, ist Schweden und in dem Teil der Untersuchung zum Cleavage Kirche-Staat ist Dänemark vorgesehen.

<sup>6</sup> Bei den kontinentaleuropäischen Staaten wird in dem Teil der Untersuchung, in dem es um den Cleavage Kirche-Staat geht, zu Deutschland noch Frankreich hinzugenommen – als Staat ohne starke christdemokratische Partei.

<sup>7</sup> In gewissem Sinne ist Italien nur eingeschränkt typisch für die südeuropäische Staatenwelt, weil Spanien, Portugal und Griechenland bis in die 70er Jahre autokratisch regiert waren. Aber genau dies spricht dafür, Italien zu analysieren, weil es hier beim Einsetzen des Sozialstaatsumbaus bereits einen etablierten Parteienwettbewerb gab – ebenso wie in den Staaten der anderen Regimetypen.

<sup>8</sup> Das ISSP wird seit 1985 durchgeführt. Großbritannien, Deutschland und Italien nahmen von Anfang an teil. Schweden kam erst 1992 dazu. Italien stieg zwischen 1998 und 2008 aus.

<sup>9</sup> Die genannten Datensätze sind für wissenschaftliche Zwecke online oder auf Anfrage verfügbar.

In der statistischen Analyse untersuchen wir das Wahlverhalten der Dienstleistungsbeschäftigten. Diese Ergebnisse werden dann eingebettet in die Rekonstruktion von Sozialreformen und des Parteienwettbewerbs seit den 70er Jahren. Dabei werden wir nacheinander unsere beiden Hauptfragen beantworten: 1. Wie haben sich die Wohlfahrtsstaatsreformen auf das Wahlverhalten ausgewirkt? 2. Wie haben die Parteien auf Veränderungen im Wahlverhalten reagiert?

Am wichtigsten für die erste Frage sind Arbeitsmarktreformen und Entscheidungen über die Ausdehnung von öffentlichen Dienstleistungen. Bei den öffentlichen Dienstleistungen konzentrieren wir uns auf grundlegende Reformen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Pflege, die sich in der Zahl und Qualität der Arbeitsplätze niederschlagen. Die Sozialreformen können gut über die Fachliteratur erfasst werden (s. z.B. Clasen 2005; Hassel & Schiller 2010; Ferrera & Gualmini 2004; Gualmini 1998; Eichhorst u.a. 2008; Gilbert & van Voorhis 2001; Fondazione Rodolfo De Benedetti und Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit o.J.; Bertelsmann Stiftung o.J.).

Für die zweite Frage können wir die Positionierungen der Parteien im Zeitverlauf mit unterschiedlichen Methoden bestimmen (Benoit & Laver 2006; Klingemann u.a. 2006). Darüber hinaus möchten wir jedoch möglichst konkret den strategischen Erwägungen der Parteien nachgehen. Hier bietet wieder die politikwissenschaftliche und historische Literatur den ersten Zugang. Außerdem werden wir Primärdokumente recherchieren wie Protokolle von Parteitag und parteinahe Publikationen, in denen strategische Diskussionen zur Sprache kommen.<sup>10</sup> Schließlich werden wir eine begrenzte Anzahl von Hintergrundinterviews führen, um den nationalen Kontext und die Wechselwirkungen zwischen Sozialreformen, Wählerwandel und Parteistrategien angemessen zu erfassen. Hierfür sind pro Land zwei bis drei Interviews jeweils mit akademischen Experten und mit parteinahen Personen (ehemalige Parteivertreter oder Parteiberater wie etwa Meinungsforscher) geplant.<sup>11</sup> In jedem nicht-deutschen Land haben wir mindestens eine Kontaktperson, die selber für ein Interview als akademischer Experte zur Verfügung steht und weitere Kontakte vermitteln kann. Neben weiteren informellen Kontakten sind formell bestätigt: Jonathan Hopkin (LSE, Großbritannien), Johannes Lindvall (Universität Lund, Schweden) und Maurizio Ferrera (Universität Mailand, Italien).

Die Reformverläufe sowie Wähler- und Parteienreaktionen in dieser Form Schritt für Schritt nachzuvollziehen (*process-tracing*), ist zentral für unser Teilprojekt, weil so komplexe Zusammenhänge wie die Rolle unterschiedlicher zeitlicher Abläufe, Wechselwirkungen zwischen einzelnen Faktoren und Feedback-Effekte von Policies besser erforscht werden können (Hall 2003; George & Bennett 2004).

In dem zweiten, dem Rückgang des **Cleavage Kirche-Staat** gewidmeten Teil unserer Untersuchung werden folgende, dem ersten Teil weitgehend entsprechende Fragen gestellt: Wie hat sich der Sozialstaatsumbau vor dem Hintergrund der Abnahme religiöser Wertbindungen auf die politischen Präferenzen und sozialpolitischen Interessen von Frauen ausgewirkt? Wie haben wiederum die Parteien auf die geänderte Interessenslage der Frauen und ihr verändertes Wahlverhalten reagiert?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden zunächst die Daten des Eurobarometers analysiert. In einem ersten Arbeitsschritt werden wir die Eurobarometer-Surveys, wie sie im EB-Trendfile des Mannheimer MZES bis einschließlich 2002 aufbereitet sind, um die letzten 8 Jahre der Eurobarometer-Umfragen ergänzen. Mehrere Surveys aus den Jahren 2004, 2005, 2006 und 2010 enthalten erneut Fragen nach der Kirchengangshäufigkeit zusätzlich zu den umfangreichen sozio-ökonomischen Informationen über Ausbildung, Alter, Geschlecht, Einkommen, Beschäftigung und familiären Status usw. Damit stehen vergleichbare Informationen zur Entwicklung von Religiosität, Parteien- und Politikpräferenzen von Frauen und zum sozio-ökonomischen Wandel über nahezu vier volle Jahrzehnte zur Verfügung, wenn auch leider nicht immer in durchgängiger Berichterstattung. Mehrere Surveys enthalten ebenfalls detaillierte Informationen zu sozialpolitischen Präferenzen (so EB 56.1 2001 und EB 52.1 1999) zusätzlich zu den regelmäßig abgefragten Informationen zur

---

<sup>10</sup> Für den deutschen Fall haben wir durch eine Stichprobe bereits bestätigen können, dass sich solche Dokumente finden lassen. So gab es in der SPD-nahen Zeitschrift *Die Neue Gesellschaft* 1981 und 1982 eine ausgiebige Diskussion darüber, inwiefern die SPD in einen Wettbewerb um die Wähler der damals neuen *Grünen* eintreten soll oder sich davon fernhalten soll, um die eigenen Stammwähler nicht zu erschrecken. Einflussreich war dabei der Aufsatz von Richard Löwenthal (1981).

<sup>11</sup> Die Interviews werden mit partei-*nahen* Personen geführt, da von diesen direktere Aussagen und ehrlichere Einschätzungen als von aktiven Politikern zu erwarten sind.



Wahlabsicht, zur letzten Wahlentscheidung oder zur Selbstpositionierung auf einer Links-Rechts-Skala. Dies ermöglicht eine umfassende, diachron und synchron vergleichende Analyse der Determinanten der parteipolitischen Präferenzen von Frauen. Im Zentrum steht auch hier eine Analyse ihrer Wahlabsicht (mit Hilfe logistischer Regressionen) und ihrer Selbstpositionierung im Links-Rechts-Spektrum. Hohe Fallzahlen erlauben eine Auswertung auf der Ebene einzelner Länder. Das ist notwendig, weil wir für den Zusammenhang zwischen Säkularisierung, Tertiarisierung, Sozialstaatstransformation und politischer Präferenzbildung nach Ländern unterschiedliche Zusammenhänge erwarten, die gerade in einer aggregierten Betrachtung untergehen könnten.

Auch dieser Teil unserer Untersuchung wird sich mit Ländern, die prototypisch für das skandinavische, das angelsächsisch-liberale, das kontinentale und das südeuropäische Wohlfahrtsstaatsregime sind, beschäftigen, nämlich mit Dänemark<sup>12</sup>, Großbritannien, Deutschland, Frankreich (s. Fn. 6) und Italien. Ergänzt wird die Datengrundlage des Eurobarometers um verschiedene Wellen des World Values Survey, die Haushaltspanels in Deutschland, England und Dänemark und um nationale Wahlstudien. Hinzu kommen Fallstudien zur Frauen- und Familienpolitik in den untersuchten Ländern. Auch hierzu liegen mittlerweile – mit dem SOCEX-Datensatz (OECD) oder dem Welfare-Entitlements-Datensatz von Scruggs (2004) – quantitative Maßzahlen vor, die die Fallstudien mit systematischer empirischer Evidenz zur Entwicklung sozialstaatlicher Leistungsansprüche ergänzen können. Darüber hinaus ist auch in diesem Teil der Untersuchung die Rekonstruktion der sich verändernden Programmatik der Parteien über die Analyse von Parteiprogrammen oder von einzelnen Reformprozessen vorgesehen.

### **Exkurs: Kooperationspartner**

Wir werden insbesondere mit einem Forschungsprojekt an der Universität Zürich kooperieren, das Wählerwandel und Sozialpolitik aus einer im Vergleich zu uns in gewisser Weise *umgekehrten* Perspektive beleuchtet. Das dortige Teilprojekt „From Elections to Outputs: Linking Party System Change and Distributive Policy Change“ wird von Hanspeter Kriesi, Silja Häusermann und Dominik Geering durchgeführt und wurde vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) im Frühling 2010 zur Förderung angenommen. Diese Zusammenarbeit erweitert damit die bereits bestehende Kooperation zwischen dem Sfb 597 und dem von Hanspeter Kriesi geleiteten SNF National Center of Competence in Research (NCCR) über „Challenges to Democracy in the 21st Century“ (<http://www.nccr-democracy.uzh.ch/>). Innerhalb des NCCR bestehen Kontakte zu dem ebenfalls von Hanspeter Kriesi geleiteten Teilprojekt „Strategies of Political Actors“.

Im Projekt „From Elections to Outputs“ wird untersucht, wie sich die im postindustriellen Zeitalter veränderten Parteiwählerschaften auf die Policy-Entscheidungen der Parteien auswirken. Insofern ist es in der Tat komplementär zu unserem Teilprojekt aufgebaut, was zwischen beiden Projekten die Möglichkeit für eine fruchtbare Diskussion über die Wechselwirkungen zwischen Sozialstaat, Wahlverhalten und Parteien eröffnet. In beiden Studien werden Parteipolitik und Sozialstaat in der Dienstleistungsgesellschaft untersucht. In dem Teilprojekt der Universität Zürich ist jedoch die veränderte Wählerstruktur der Ausgangspunkt und es wird untersucht, wie sie sich auf das Policy-Making auswirkt. In unserem Teilprojekt hingegen werden Sozialreformen als unabhängige Variable genommen und es wird versucht, von dort aus die Veränderungen der Parteiwählerschaften und Parteiensysteme zu erklären.

Aus der Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Zürich ist bereits ein gemeinsamer Artikel entstanden, der momentan beim *British Journal of Political Science* begutachtet wird (Häusermann u.a. 2010). Für die Zukunft ist der Austausch von Daten zum Wählerwandel geplant sowie die gemeinsame Diskussion auf Workshops und Panels – so auf der jährlichen Konferenz der APSA 2011 in einem gemeinsamen Panel mit dem Titel „New Approaches to Party Politics and Social Rights“. Mit Hinblick auf verändertes Frauenwahlverhalten besteht außerdem eine enge Zusammenarbeit mit Patrick Emmenegger von der University of Southern Denmark, Odense (siehe Manow & Emmenegger 2011 [8]).

---

<sup>12</sup> Dänemark wird als skandinavisches Land ausgewählt, weil wir hier in den Eurobarometer-Surveys über einen weitaus längeren Berichtszeitraum verfügen.

### 3.4.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Wir werden parallel an den beiden inhaltlichen Bereichen des Teilprojekts arbeiten: dem Cleavage Arbeit-Kapital und dem Cleavage Kirche-Staat. In beiden Bereichen lassen sich jeweils zwei Schritte unterscheiden: die quantitativen auf Individualdaten beruhenden Analysen und die qualitativen Fallstudien. Dabei haben für den Cleavage Arbeit-Kapital die Fallstudien höheres Gewicht, während für den Cleavage Kirche-Staat die statistische Analyse mehr Raum einnimmt.

Im *ersten* Teil unserer Untersuchung, in dem es um die Rolle des Sozialstaatsumbaus in der Transformation des **Cleavage Arbeit-Kapital** geht, sind zunächst 12 Monate dafür angesetzt, das Wahlverhalten der Dienstleistungsklassen auf Basis der ISSP-Daten sowie zusätzlicher nationaler Datensätze zu analysieren. Bei diesem *ersten Schritt* fallen zudem alle weiteren Arbeiten an, die ohne Recherche vor Ort erledigt werden können und die dazu dienen, unsere Forschungsreisen vorzubereiten. Dazu zählen insbesondere die Auswertung der länderspezifischen Sekundärliteratur, die Akquise von Interviewpartnern und das Identifizieren von Quellen, die nur vor Ort eingesehen werden können, etwa die Protokolle von Parteitagungen. Für die folgende Hauptphase dieses Teils der Untersuchung, also den *zweiten Schritt*, veranschlagen wir ein halbes Jahr pro Fallstudie: Dabei wird für Großbritannien, Schweden und Italien jeweils am Anfang ein einmonatiger Forschungsaufenthalt stehen. Diese Forschungsaufenthalte dienen der Durchführung der Interviews mit Experten und Entscheidungsträgern, der Recherche von Primärdokumenten sowie dem darüber hinausgehenden akademischen Austausch durch Gastvorträge und Diskussionen. Gute Kontakte zu Wissenschaftlern und Institutionen bestehen in jedem der drei Länder (s.a. 3.4.2). In Deutschland sind kürzere Reisen für Interviews und Archivrecherchen geplant. Auf die Forschungsreisen folgen jeweils die Auswertung und die Anfertigung der Länderstudie. Als Zwischenergebnis dieses Projektteils sind ein Artikel für eine internationale Zeitschrift im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft vorgesehen und ein oder zwei kleinere Artikel mit länderspezifischen Ergebnissen.

Im *zweiten* Teil unserer Untersuchung – zur Erosion des **Cleavage Kirche-Staat** und zum Wahlverhalten von Frauen – wird im *ersten Schritt* zunächst der Trendfile der Eurobarometerdaten um die aktuellen Jahre ergänzt und dann werden die Eurobarometerdaten und die nationalen Daten im Detail analysiert (18 Monate). Für die folgenden reformbezogenen Fallstudien, den *zweiten Schritt*, ist ein Jahr vorgesehen. Als Zwischenergebnis sind zwei bis drei Artikel für internationale Fachzeitschriften in den Bereichen Vergleichende Politik, Wahlforschung und Allgemeine Politikwissenschaft geplant.

Im *dritten* und letzten Teil unserer Untersuchung werden die Fäden der beiden ersten Teile zusammengeführt und wird zusammenfassend die Rolle des Sozialstaatsumbaus für den Wandel des Parteiensystems betrachtet. Außerdem werden nun die Abschlusspublikationen vorbereitet (12 Monate). Die Ergebnisse des Projekts sollen in einer Monographie über die Folgen des Sozialstaatsumbaus für den Parteienwettbewerb zusammengefasst werden. Außerdem ist eine Monographie mit den Ergebnissen der Untersuchung zu Sozialreformen und dem Wandel des Cleavage Arbeit-Kapital geplant (Habilitation eines Projektmitarbeiters).

**Zeitplan**

Arbeitsteile und Arbeitsschritte		2011 (teilweise)	2012		2013		2014	
I. Teil: Wandel des Cleavage Arbeit-Kapital	1. Schritt: Statistische Analyse und Auswertung länderspezifischer Sekundärliteratur (und vorbereitende weitere Arbeiten)							
	2. Schritt: Qualitative Analyse der vier Fallstudien (einschließlich Forschungsreisen)							
II. Teil: Wandel des Cleavage Kirche-Staat	1. Schritt: Datenaufbereitung und statistische Analyse							
	2. Schritt: Reformbezogene Fallstudien							
III. Teil: Zusammenfassende Analyse und Anfertigung der Abschlusspublikationen								

**3.5 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojektes**

In diesem Teilprojekt werden zentrale Themen von zwei Säulen des Sonderforschungsbereichs angesprochen: die Zukunft des demokratischen Nationalstaats (Säule B) und die Zukunft des 'letzterverantwortlichen' Interventionsstaats (Säule C). Die Kernfrage der Säule C in der dritten Förderphase lautet: „Welche Folgen hat die neue Konstellation von Staatlichkeit in der Wohlfahrtsdimension?“ (Sfb-Fortsetzungsantrag 2010: 583) In der Säule B wird nach dem „Wandel demokratischer Legitimität in der neuen Konstellation von Staatlichkeit“ gefragt (ebenda: 439). Das hier beantragte Teilprojekt verknüpft beide Fragen, indem es untersucht, wie der Wandel des Wohlfahrtsstaats sich auf das Wahlverhalten und damit auf das Parteiensystem und so auf die demokratische Politik insgesamt auswirkt. In dem Teilprojekt wird also eine Brücke zwischen beiden Säulen geschlagen. Da das Hauptaugenmerk allerdings dem Parteienwettbewerb gilt, wird das Teilprojekt in der Säule B angesiedelt.

**Tabelle 2: Verortung des Teilprojekts B6 im Sonderforschungsbereich**

Folgenanalyse und -bewertung (dritte Förderphase)	
Outcome	Niveau
	Verteilung
	Struktur
Reaktionen/ Akteurstyp	Internationale Akteure
	Nationalstaaten/ Regierungen
	Parteien
	Verbände/ NGOs
	Unternehmen
	Bürger
Bewertungsbasis (bezogen auf normatives Gut)	Rechtsstaatlichkeit
	demokratische Legitimität
	Wohlfahrt
	Sicherheit

Anm.: Die zutreffenden Merkmale sind jeweils grau hinterlegt.

### **Stellung in der eigenen Säule**

Wegen des ausdrücklichen Schwerpunkts auf Parteien ergänzt das Teilprojekt den Sonderforschungsbereich in zentraler Weise: In der dritten Förderphase gibt es bislang kein Projekt, das gezielt und zentral Parteipolitik untersucht. Das gilt auch für die B-Säule, in der momentan einerseits politische Eliten (insbesondere aus nationalen Regierungen und Internationalen Organisationen) und ökonomische (Gegen)-Eliten (Teilprojekt B1), andererseits die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger (Teilprojekt B3) im Vordergrund stehen. Da Parteien zentral für die repräsentativen Demokratien der OECD-Welt sind, kann ein Projekt zu Parteipolitik diesen Projektbereich sinnvoll durch den Fokus auf eine weitere Gruppe von Akteuren ergänzen. Dies gilt umso mehr, als die Repräsentation sozialer Interessen durch Parteien und die Struktur von Parteiensystemen – gerade was extreme Parteien betrifft – bedeutsame Auswirkungen auf die demokratische Legitimität postindustrieller Staaten haben. Unsere Untersuchung teilt dabei mit den anderen Teilprojekten dieser Säule die Betonung der Legitimation staatlichen Handelns und die Interaktion zwischen Bürgern und Eliten.

### **Stellung zu anderen Säulen und Teilprojekten**

Unser Teilprojekt hat auch, wie bereits erwähnt, starke Bezüge zur C-Säule, weil es den Wandel des Wohlfahrtsstaats als unabhängige Variable heranzieht. Insbesondere mit dem Teilprojekt C1 ergeben sich einige Berührungspunkte, weil in ihm – neben den Auswirkungen des Sozialstaatsumbaus auf die soziale Ungleichheit – ebenfalls die Reaktionen der Bürger und kollektiver Akteure auf den Sozialstaatswandel betrachtet werden. Allerdings konzentriert sich C1 nicht, wie unser Teilprojekt B6, auf den Parteienwettbewerb, sondern dort wird eine deutlich breitere Gruppe von Akteuren analysiert, die Gewerkschaften, NGOs, Kirchen und Arbeitslosenverbände einschließt. Bei den individuellen Reaktionen geht es außerdem weniger um die Parteipräferenzen, wie in unserem Teilprojekt, als um die allgemeine Akzeptanz der politischen Ordnung und verschiedene Arten des politischen Engagements. Schließlich betrachtet C1 bei den Reaktionen kollektiver Akteure weniger die parteistategischen Positionierungen, wie es in unserem Projekt geschieht, sondern inhaltliche Kritiken an den eingeführten Reformen.

Interessante Anknüpfungspunkte bestehen darüber hinaus mit dem Teilprojekt D6 zum Selbstverständnis öffentlich Beschäftigter, da bei unserem Teilprojekt die Beschäftigung im öffentlichen Sektor für Dienstleistungsberufe und für Frauen als Wählergruppen eine wichtige Rolle spielt.

Auch andere Teilprojekte des Sonderforschungsbereichs beziehen politische Parteien bei den Reaktionen kollektiver Akteure auf den Wandel von Staatlichkeit mit ein, so A2 bei den Reaktionen auf die Judikalisierung internationaler Streitbeilegung, C7 bei den Reaktionen auf den Rückzug des Unternehmensstaates, D1 bei den Reaktionen auf die Internationalisierung und die Europäisierung der Steuerpolitik und D4 bei den Reaktionen auf internationalisierte Grenzregime. Besonders deutlich ist der Bezug auf Parteien bei D1. Alle anderen genannten Teilprojekte betrachten Parteien als Teil einer größeren Gruppe politischer Akteure. Zusammen mit den genannten Teilprojekten möchten wir die Forschung zur Rolle von Parteien in der gewandelten Staatlichkeit entscheidend verstärken. Als Teilprojekt, das besonders gezielt Parteienwettbewerb analysiert, stehen wir dabei für die anderen aufgeführten Teilprojekte als Ansprechpartner bereit.

## **3.6 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten**

Andere Projekte des Antragstellers mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert.

Unter dem Geschäftszeichen GZ: FOR 1432/0 ist ein Antrag zur Einrichtung einer Forschergruppe Zeithorizonte demokratischer Politik bei der DFG im Verfahren. Im Rahmen dieser Forschergruppe hat der Antragsteller ein Teilprojekt über ‚Nominierung, Kandidatur, Wahl und Wiederwahl – politische Zeithorizonte und Karrieresequenzen in parlamentarischen Demokratien‘ beantragt. Wie schon der Titel zeigt, gibt es thematisch zum hier beantragten Projekt keinerlei Zusammenhang. Der Antragsteller ist gut in der Lage, beide Projekte gleichzeitig zu verfolgen, zumal die Universität Bremen dafür Vorkehrungen, etwa durch Lehrentlastung, treffen wird.

## Literatur

- Allan, James P. & Lyle A. Scruggs (2004) Political Partisanship and Welfare State Reform in Advanced Industrial Societies, in: *American Journal of Political Science* **48**:3, 496-512
- Armingeon, Klaus & Giuliano Bonoli, Hg. (2006) *The Politics of Post-Industrial Welfare States: Adapting Post-War Social Policies to New Social Risks*, London and New York: Routledge
- Arts, Wil A. & John Gelissen (2010) Models of the Welfare State, in: Francis G. Castles, Stephan Leibfried, Jane Lewis, Herbert Obinger & Christopher Pierson, Hg., *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 569-583
- Bartolini, Stefano & Peter Mair (1990) *Identity, Competition and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885-1985*, Cambridge: Cambridge University Press
- Baumol, William J. (1967) Macroeconomics of Unbalanced Growth: The Anatomy of Urban Crisis, in: *The American Economic Review* **57**:3, 415-426
- Benoit, Kenneth & Michael Laver (2006) *Party Policy in Modern Democracies*, London and New York: Routledge
- Berger, Suzanne & Michael J. Piore (1980) *Dualism and Discontinuity in Industrial Societies*, Cambridge: Cambridge University Press
- Bertelsmann Stiftung (o.J.) International Reform Monitor, verfügbar von: [www.reformmonitor.org](http://www.reformmonitor.org), zuletzt eingesehen: 03.03.2011
- Box-Steffensmeier, Janet, Suzanna de Boef & Tse-Min Lin (2004) The Dynamics of the Partisan Gender Gap, in: *American Political Science Review* **98**:3, 515-528
- Burgoon, Brian & Fabian Dekker (2010) Flexible Employment, Economic Insecurity and Social Policy Preferences in Europe, in: *Journal of European Social Policy* **20**:2, 126-141
- Caramani, Daniele (2004) *The Nationalization of Politics: The Formation of National Electorates and Party Systems in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press
- Castles, Francis G., Hg. (1982) *The Impact of Parties: Politics and Policies in Democratic Capitalist States*, London: Sage
- Clasen, Jochen (2005) *Reforming European Welfare States: Germany and the United Kingdom Compared*, Oxford: Oxford University Press
- & Daniel Clegg (2006) New Labour Market Risks and the Revision of Unemployment Protection Systems in Europe, in: Klaus Armingeon & Giuliano Bonoli, Hg., *The Politics of Post-Industrial Welfare States: Adapting Post-War Social Policies to New Social Risks*, London and New York: Routledge, 192-210
- Corbetta, Piergiorgio & Nicoletta Cavazza (2008) From the Parish to the Polling Booth: Evolution and Interpretation of the Political Gender Gap in Italy, 1968-2006, in: *Electoral Studies* **27**:2, 272-284
- Dalton, Russell J. (1984) Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *The Journal of Politics* **46**:1, 264-284
- & Scott C. Flanagan & Paul Allen Beck, Hg., (1984) *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Davidsson, Johan & Marek Naczyk (2009) The Ins and Outs of Dualisation: A Literature Review, Edinburgh: RECOWE Working Paper 02/09 (URL: [www.socialpolicy.ed.ac.uk/recwowe/working\\_papers/working\\_paper\\_02\\_09](http://www.socialpolicy.ed.ac.uk/recwowe/working_papers/working_paper_02_09))
- Edlund, Lena & Rohindi Pande (2002) Why have Women become left-wing? The Political Gender Gap and the Decline in Marriage, in: *Quarterly Journal of Economics* **117**:3, 917-961
- Eichhorst, Werner, Othon Kaufmann & Regina Konle-Seidl, Hg. (2008) *Bringing the Jobless into Work? Experiences with Activation Schemes in Europe and the US*, Berlin & Heidelberg: Springer
- Emmenegger, Patrick (2009) Barriers to Entry: Insider/Outsider Politics and the Political Determinants of Job Security Regulations, in: *Journal of European Social Policy* **19**:2, 131-146
- Esping-Andersen, Gösta (1985) *Politics Against Markets: The Social Democratic Road to Power*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- (1990) *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge: Polity Press
- (1999) *Social Foundations of Postindustrial Economies*, Oxford: Oxford University Press
- Estévez-Abe, Margarita (2006) Gendering the Varieties of Capitalism: A Study of Occupational Segregation by Sex in Advanced Industrial Societies, in: *World Politics* **59**:1, 142-175
- (2008) *Welfare and Capitalism in Postwar Japan*, Cambridge: Cambridge University Press

- Evans, Geoffrey (1999) *The End of Class Politics? Class Voting in Comparative Context* Oxford: Oxford University Press
- Ferrera, Maurizio (1993) *Modelli di Solidarietà: Politica e Riforme Sociali nelle Democrazie*, Bologna: Il Mulino
- (1996) The Southern Model of Welfare in Social Europe, in: *Journal of European Social Policy* 6:1, 17-37
- (2010) The South European Countries, in: Francis G. Castles, Stephan Leibfried, Jane Lewis, Herbert Obinger & Christopher Pierson, Hg., *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 616-629
- & Elisabetta Gualmini (2004) *Rescued by Europe? Social and Labour Market Reforms in Italy from Maastricht to Berlusconi*, Amsterdam: Amsterdam University Press
- Flora, Peter (1986) Introduction, in: Peter Flora, Hg., *Growth to Limits: The Western European Welfare States since World War II*, Bd. 1: *Sweden, Norway, Finland, Denmark*, Berlin: de Gruyter, xi-xxxvi
- & Stein Kuhnle & Derek Urwin, Hg. (1999) *State Formation, Nation-Building, and Mass Politics in Europe: The Theory of Stein Rokkan*, Oxford: Oxford University Press
- Fondazione Rodolfo Debenedetti und Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (o.J.) fRDB-IZA Social Reforms Database, verfügbar unter: [http://www.frdb.org/scheda.php?id=12&doc\\_pk=9027&pageid=548](http://www.frdb.org/scheda.php?id=12&doc_pk=9027&pageid=548), zuletzt eingesehen: 03.03.2011
- Franklin, Mark N., Thomas Mackie & Henry Valen, Hg. (1992) *Electoral Change: Responses to Evolving Social and Attitudinal Structures in Western Countries*, Cambridge: Cambridge University Press
- Gallego, Aina (2007) Unequal Political Participation in Europe, in: *International Journal of Sociology* 37:4, 10-25
- George, Alexander L. & Andrew Bennett (2004) *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, Cambridge MA: MIT Press
- Giger, Nathalie (2009) Towards a Modern Gender Gap in Europe?, in: *Social Science Journal* 49:3, 474-492
- & Nelson, Moira (2011) The Electoral Consequences of Welfare State Retrenchment: Blame Avoidance or Credit Claiming in the Era of Permanent Austerity?, in: *European Journal of Political Research* 50:1, 1-23
- Gilbert, Neil & Rebecca A. Van Voorhis, Hg. (2001) *Activating the Unemployed: A Comparative Appraisal of Work-Oriented Policies*, New Brunswick, NJ and London: Transaction Publishers
- Green-Pedersen, Christoffer (2001) Welfare State Retrenchment in Denmark and the Netherlands, 1982-1998: The Role of Party Competition and Party Consensus, in: *Comparative Political Studies* 34:9, 963-985
- Grimshaw, Damian & Jill Rubery (1997) Workforce Heterogeneity and Unemployment Benefits: The Need for Policy Reassessment in the European Union, in: *Journal of European Social Policy* 7:4, 291-318
- Gualmini, Elisabetta (1998) *La politica del lavoro*, Bologna: il Mulino.
- Hall, Peter A. (2003) Aligning Ontology and Methodology in Comparative Research, in: James Mahoney & Dietrich Rueschemeyer, Hg., *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*, Cambridge: Cambridge University Press, 373-404
- Hassel, Anke & Christof Schiller (2010) *Der Fall Hartz IV: Wie es zur Agenda 2010 kam und wie es weitergeht*, Frankfurt: Campus Verlag
- Häusermann, Silja (2010) *The Politics of Welfare State Reform in Continental Europe: Modernization in Hard Times*, Cambridge: Cambridge University Press
- & Georg Picot & Dominik Geering (2010) Rethinking Party Politics and the Welfare State: Recent Advances in the Literature, Presented at 17th International Conference of the Council for European Studies, Montréal, April 15-17, 2010 (URL: [http://mwpweb.eu/1/22/resources/publication\\_447.pdf](http://mwpweb.eu/1/22/resources/publication_447.pdf) - eine überarbeitete Fassung ist in Begutachtung bei BJPoS [revise and resubmit])
- & Hanna Schwander (2009) Identifying Outsiders across Countries: Similarities and Differences in the Patterns of Dualisation, Edinburgh: RECOWOE Working Paper 09/09 (URL: [www.socialpolicy.ed.ac.uk/recwowe/disc/working\\_papers/working\\_paper\\_09\\_09](http://www.socialpolicy.ed.ac.uk/recwowe/disc/working_papers/working_paper_09_09))
- Hibbs, Douglas A., Jr. (1977) Political Parties and Macroeconomic Policy, in: *American Political Science Review* 71:4, 1467-1487
- Hockerts, Hans Günter (1980) *Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland: Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 - 1957*, Stuttgart: Klett-Cotta
- Huber, Evelyne & John D. Stephens (2001) *Development and Crisis of the Welfare State: Parties and Policies in Global Markets*, London and Chicago: University of Chicago Press

- Inglehart, Ronald (1990) *Culture Shift in Advanced Industrial Society*, Princeton, N.J.: Princeton University Press
- & Pippa Norris (2000) The Developmental Theory of the Gender Gap: Women's and Men's Voting Behavior in Global Perspective, in: *International Political Science Review* **21**: 4, 441-463.
- Iversen, Torben & Anne Wren (1998) Equality, Employment, and Budgetary Restraint: The Trilemma of the Service Economy, in: *World Politics* **50**:4, 507-546
- & Frances Rosenbluth (2006) The Political Economy of Gender: Explaining Cross-National Variation in the Gender Division of Labor and the Gender Gap, in: *American Journal for Political Science* **50**:1, 1-19
- — (2010) *Women, Work, and Politics: The Political Economy of Gender Inequality*, Yale: Yale University Press
- — & David Soskice (2005) Divorce and the Gender Division of Labor in Comparative Perspective, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* **12**:2, 216-242
- Jelen, Ted, Sue Thomas & Clyde Wilcox (1994) The Gender Gap in Comparative Perspective, in: *European Journal of Political Research* **25**:2, 171-185
- King, Desmond & David Rueda (2008) Cheap Labor: The New Politics of "Bread and Roses" in Industrial Democracies, in: *Perspectives on Politics* **6**:2, 279-297
- Kitschelt, Herbert (1994) *The Transformation of European Social Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press
- (2001) Partisan Competition and Welfare State Retrenchment: When Do Politicians Choose Unpopular Policies?, in: Paul Pierson, Hg., *The New Politics of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 265-302
- (2007) Party Systems, in: Carles Boix & Susan C. Stokes, Hg., *The Oxford Handbook of Comparative Politics*, Oxford: Oxford University Press, 522-554
- & Philipp Rehm (2005) Work, Family, and Politics: Foundations of Electoral Partisan Alignments in Post-industrial Democracies, Presented at the Annual Meeting of the American Political Science Association 2005, Washington DC, September 1-4, 2005 (URL: [http://www.allacademic.com/meta/p40522\\_index.html](http://www.allacademic.com/meta/p40522_index.html))
- & Steven I. Wilkinson, Hg. (2007) *Patrons, Clients, and Policies: Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*, Cambridge: Cambridge University Press
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith L. Bara, Ian Budge & Michael D. McDonald, Hg. (2006) *Mapping Policy Preferences II: Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union, and OECD 1990-2003*, Oxford: Oxford University Press
- Korpi, Walter (1983) *The Democratic Class Struggle*, London: Routledge
- (2006) Power Resources and Employer-Centered Approaches in Explanations of Welfare States and Varieties of Capitalism: Protagonists, Consenters, and Antagonists, in: *World Politics* **58**:2, 167-206
- & Joakim Palme (2003) New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries, 1975-95, in: *American Political Science Review* **97**:3, 425-446
- — (2004) Robin Hood, St Matthew, or Simple Egalitarianism? Strategies of Equality in Welfare States, in Patricia Kennett, Hg., *A Handbook of Comparative Social Policy*, Cheltenham: Edward Elgar, 153-179
- Kriesi, Hanspeter (1998) The Transformation of Cleavage Politics: The 1997 Stein Rokkan Lecture, in: *European Journal of Political Research* **33**:2, 165-185
- & Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieer & Timotheos Frey (2006) Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared, in: *European Journal of Political Research* **45**:6, 921-956
- — — — —, Hg. (2008) *West European Politics in the Age of Globalization*, Cambridge: Cambridge University Press
- Lepsius, M. Rainer (1979) Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hans-Ulrich Wehler & Heinz-Gerhard Haupt, Hg., *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 166-209
- Lipset, Seymour Martin & Stein Rokkan (1967) Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An introduction, in: dies., Hg., *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York: The Free Press, 1-64
- Löwenthal, Richard (1981) Identität und Zukunft der SPD, in: *Neue Gesellschaft* **28**:12, 1085-1089
- Lynch, Julia (2006) *Age in the Welfare State: The Origins of Social Spending on Pensioners, Workers, and Children*, Cambridge: Cambridge University Press

- Mair, Peter (2006) Cleavages, in: Richard S. Katz & William Crotty, Hg., *Handbook of Party Politics*, London: Sage, 371-375
- & Wolfgang C. Müller & Fritz Plasser (2004) Introduction, in: Peter Mair, Wolfgang C. Müller & Fritz Plasser, Hg., *Political Parties and Electoral Change: Party Responses to Electoral Markets*, London: Sage, 1-19
- Marx, Paul & Georg Picot (2011) Labour Market Integration and Political Integration in Germany, Presented at Drei-Länder-Tagung 'Politische Integration', Basel, Januar 13-14, 2011 (URL: [http://www.urge.it/picot/doc/marx\\_picot\\_dreilaendertagung.pdf](http://www.urge.it/picot/doc/marx_picot_dreilaendertagung.pdf))
- Morgan, Kimberley J. (2005) The "Production" of Child Care: How Labor Markets Shape Social Policy and Vice Versa, in: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* **12**:2, 243-263
- (2006) *Working Mothers and the Welfare State: Religion and the Politics of Work-Family Policies in Western Europe and the United States*, Stanford: Stanford University Press.
- Nachtwey, Oliver & Tim Spier (2007) Political Opportunity Structures and the Success of the German Left Party in 2005, *Debatte: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* **15**:2, 123-154
- Niedermayer, Oskar, Richard Stöss & Melanie Haas, Hg. (2006) *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Oesch, Daniel (2006) *Redrawing the Class Map: Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden, and Switzerland*, Basingstoke & New York: Palgrave Macmillan.
- (2008) The changing shape of class voting: An individual-level analysis of party support in Britain, Germany and Switzerland, in: *European Societies* **10**:3, 329-355
- Orloff, Ann Shola & Theda Skocpol (1984) Why Not Equal Protection? Explaining the Politics of Public Social Spending in Britain, 1900-1911, and the United States, 1880s-1920, in: *American Sociological Review* **49**:6, 726-750
- Palier, Bruno, Hg. (2010) *A Long Goodbye to Bismarck? The Politics of Welfare Reform in Continental Europe*, Amsterdam: Amsterdam University Press
- & Claude Martin, Hg. (2008) *Reforming the Bismarckian Welfare Systems*, Malden MA: Wiley/Blackwell
- & Kathleen Thelen (2010) Institutionalizing Dualism: Complementarities and Change in France and Germany, in: *Politics & Society* **38**:1, 119-148
- Pfau-Effinger, Birgit (2009a) Varieties of Undeclared Work in European Societies, in: *British Journal of Industrial Relations* **47**:1, 79-99
- (2009b) Entwicklungspfade und Zukunft der Kinderbetreuung, in: *Zeitschrift für Familienforschung Sonderheft* 6, 237-254.
- Picot, Georg<sup>13</sup> (2009) Party Competition and Reforms of Unemployment Benefits in Germany: How a Small Change in Electoral Demand Can Make a Big Difference, in: *German Politics* **18**:2, 155-179
- (2011) *Politics of Segmentation: Party Competition and Social Protection in Europe*, London und New York: Routledge (im Erscheinen)
- Pierson, Paul (1993) When Effect Becomes Cause: Policy Feedback and Political Change, in: *World Politics* **45**:4, 595-628
- (1994) *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment*, Cambridge: Cambridge University Press.
- (1996) The New Politics of the Welfare State, in: *World Politics* **48**:2, 143-179
- (2001) Coping with Permanent Austerity: Welfare State Restructuring in Affluent Democracies, in: Paul Pierson, Hg., *The New Politics of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 410-456
- Rueda, David (2005) Insider-Outsider Politics in Industrialized Democracies: The Challenge to Social Democratic Parties, in: *American Political Science Review* **99**:1, 61-74
- (2007) *Social Democracy Inside Out: Partisanship and Labour Market Policy in Industrialized Democracies*, Oxford: Oxford University Press
- Saunders, Peter (2010) Inequality and Poverty, in Francis G. Castles, Stephan Leibfried, Jane Lewis, Herbert Obinger & Christopher Pierson, Hg., *The Oxford Handbook of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 526-538

---

<sup>13</sup> Für Publikationen von Georg Picot, siehe auch Häusermann u.a. (2010) und Marx & Picot (2011).



- Scruggs, Lyle A. (2004) *Datensatz: Welfare State Entitlements Data Set: A Comparative Institutional Analysis of Eighteen Welfare States*, Version 1.1, verfügbar unter: <http://www.sp.uconn.edu/~scruggs/wp.htm>, zuletzt eingesehen: 03.03.2011
- Sfb-Fortsetzungsantrag (2010) Sonderforschungsbereich 597: Staatlichkeit im Wandel/Transformations of the State. Antrag auf Weiterführung des Sonderforschungsbereichs 597 und Finanzierung für die Jahre 2011 – 2012 – 2013 – 2014, Bd. 1: Allgemeine Angaben und Projektbereiche A und B; Bd. 2: Projektbereiche C und D sowie Teilprojekt Z, Bremen: Universität Bremen
- Vaus, David de & Ian McAllister (1989) The Changing Politics of Women: Gender and Political Alignment in 11 Nations, in: *European Journal for Political Research* 17:3, 241-262

### **Prof. Dr. Philip Manow**

Politikwissenschaft, politische Theorie, politische Ökonomie  
Universität Bremen  
Institut für Politikwissenschaft, sowie Zentrum für Sozialpolitik  
Unicom  
Mary-Somerville Str. 5  
28359 Bremen  
Tel: 0421-218-58580  
Privat: Probacher Str. 85, 53783 Eitorf  
Privat Tel: 02243-916201  
Email: manow@zes.uni-bremen.de

### **Lebenslauf**

Name: Philip Manow  
Geburtsdatum: 22.07.1963  
Geburtsort: Hamburg  
Staatsangehörigkeit: deutsch

### **Universitäre Ausbildung**

1985–1990: Studium der Politikwissenschaft in Marburg und Berlin  
06/1990: Diplom in Politikwissenschaft am Institut für politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin  
05/1994: Promotion zum Dr. rer. pol. an der Freien Universität Berlin, Institut für Politische Wissenschaft  
01/2002: Habilitation und Erteilung der *venia legendi* für Politikwissenschaft an der Universität Konstanz

### **Berufliche Tätigkeiten**

10/2000–08/2002: Hochschulassistent an der Universität Konstanz, Fachbereich Politik und Verwaltung, Lehrstuhl für Sozialpolitik, Prof. Dr. Jens Alber  
08/2002–04/2007: Leiter (C3) der Forschungsgruppe ‚Politik und politische Ökonomie‘ am Max-Planck Institut für Gesellschaftsforschung, Köln  
04/2007–10/2009: Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz  
10/2009–10/2010: Professor für Moderne Politische Theorie an der Ruprecht-Karls Universität Heidelberg  
02/2010: Ruf an die Friedrich-Schiller Universität Jena auf eine Professur für das Politische System der Bundesrepublik (abgelehnt)  
seit 10/2010: Professor für Vergleichende Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen, Leiter der Abteilung Ökonomie des Wohlfahrtsstaats am Zentrum für Sozialpolitik

### **Forschungsprojekte (seit 1996)**

*Mitarbeit in oder Leitung von folgenden Internationalen Forschungsprojekten:*

1998-2001 „The New Politics of the Welfare State“, geleitet von Paul Pierson (Harvard University, Center for European Studies; abgeschlossen)  
1999-2002 „The Adjustment of National Employment and Social Policy to Economic Internationalization“, geleitet von Fritz W. Scharpf (MPI für Gesellschaftsforschung) und Vivien Schmidt (Boston University; abgeschlossen).  
2000-2004 „Germany and Japan: The Future of Nationally Embedded Capitalism in a Global Economy“, geleitet von Kozo Yamamura (Washington University, Seattle) and Wolfgang Streeck (MPI für Gesellschaftsforschung, Köln; abgeschlossen).  
2006- „Religion and the Welfare State“, mit Kees van Kersbergen (Vrije Universiteit Amsterdam; laufend).  
2006-2010 „Bismarckian Welfare States – pathologies and paths of adjustment“, geleitet von Bruno Palier (Sciences Po, Paris; abgeschlossen).  
2010- „The political economy of the transition to the service economy“, geleitet von Ann Wren, Dublin, Trinity College (laufend)

2007- "ParlGov - Parliament and Government composition database ([www.parlgov.org](http://www.parlgov.org))", mit Holger Döring, Universität Bremen (laufend)

### **Wichtigste Publikationen**

#### *Artikel in begutachteten Fachzeitschriften*

- (2010) Dimensionen der Disproportionalität – Erststimmen und Direktmandate in den Bundestagswahlen von 1953 bis 2009, in: *Politische Vierteljahresschrift* **51**:3, 433-455
- (2008) Electoral and Mechanical Causes of Divided Government in the European Union, in: *Comparative Political Studies* **41**:10, 1349-1370 (mit Holger Döring)
- (2008) Europe's Party-Political Center of Gravity, 1957-2003, in: *Journal for European Public Policy* **15**:1, 20-39 (mit Armin Schäfer und Hendrik Zorn)
- (2007) Government's Legislative Self-Restraint under Divided Government: Evidence from the German Case, 1976-2002, in: *Legislative Studies Quarterly* **32**:2, 167-191 (mit Simone Burkhart)

#### *Monographien/ Sammelbände*

- (2009) *Religion, Class-Coalitions and Welfare States*, New York: Cambridge University Press (herausgegeben mit Kees van Kersbergen)